

Beschluss Nr. 7

Eine Schule für alle

Die GEW BERLIN begrüßt grundsätzlich, dass der Landesparteitag der SPD eine Entscheidung für „eine Schule für alle“ Kinder und Jugendlichen bis zur 10. Klasse als bildungspolitische Perspektive getroffen hat. Damit kann der Senat die überfällige Diskussion der Schulstruktur nicht mehr blockieren; der Weg für eine Umsetzung der GEW – Forderung „Eine Schule für alle“ wird geöffnet.

Die GEW BERLIN erwartet nun auch von der SPD, dass sie mit der GEW als Vertreterin der PädagogInnen sowie mit Eltern und SchülerInnen in einen kontinuierlichen Diskussionsprozess eintritt. Die GEW BERLIN erwartet von der SPD, dass sie sich zur praktischen Umsetzung ihres Parteitagebeschlusses für eine Änderung des Schulgesetzes einsetzt (insbesondere in den §§ 20-43) mit dem Ziel, die das selektive Schulsystem fixierenden Inhalte zu beseitigen und stattdessen das Ziel der gemeinsamen Schule für alle explizit zu formulieren. Die GEW BERLIN bietet dazu ihre Kooperation an.

Die GEW BERLIN erwartet von der Senatsverwaltung für Schulwesen, dass sie beginnend mit dem Schuljahr 2006 / 07 die bestehenden Regelungen des neuen Schulgesetzes nutzt und Pilotprojekte für die Verbindung bestehender Schulen zu einer Schule für alle Kinder und Jugendliche einleitet und schulrechtlich absichert. Die GEW bietet dazu ihre Kooperation an.

Die GEW fordert dazu folgende begleitende konkrete Schritte:

1. Schulpädagogisch und –organisatorisch

- Nutzbarmachung der pädagogischen Erfahrungen von Lehrer/innen, die in einer 10-klassigen Oberschule bereits gearbeitet haben
- Nutzbarmachung der pädagogischen Erfahrungen von Grundschulen im Umgang mit heterogenen Gruppen von Kindern, insbesondere mit dem JÜL – Projekt.
- Nutzbarmachung der pädagogischen Erfahrungen der bereits bestehenden Gesamtschulen sowie deren systematische Weiterentwicklung im Rahmen von Schulprogrammarbeit und pädagogischer Schulentwicklung.
- Aktive Förderung von Pilotprojekten zur Verbindung von Schulen verschiedener Schulzweige der Sek. I, die insbesondere im Innenstadtbereich oft auf einem gemeinsamen Gelände liegen.
- Förderung der Fortführung des jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL) in der Sek. I

2. Lehreraus- und Weiterbildung

- Umstellung insbesondere in der Referendarsausbildung auf den Umgang mit heterogenen Gruppen
- Unbedingte Voraussetzung ist die Entwicklung eines Fortbildungsprogramms in Zusammenarbeit mit der GEW BERLIN zum Thema Umgang mit sozial, kulturell und leistungsbezogen heterogenen Gruppen

3. Materielle Forderungen

- Gleiche Stundenzuweisung für binnendifferenzierenden, integrativen Unterricht wie für äußere Leistungsdifferenzierung
- Pilotprojekte erhalten verbesserte Rahmenbedingungen, insbesondere auch für Planung und Entwicklung sowie SozialpädagogInnen.

Die GEW BERLIN unterstützt die Entwicklung in Richtung auf „Eine Schule für alle“ durch Diskussionsveranstaltungen und Workshops gemeinsam mit interessierten gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen.